

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

53. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 24.08.2021	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	17:41 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit - SPD Fraktionsvorsitzender		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender		
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	Vertretung für: Frau Birte Duggen	
Thorsten Fürter - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
David Jenniches - AfD Fraktionsvorsitzender		
Ulrich Krause - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Lars Lehrke - Die Unabhängigen		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender		
Peter Reinhardt - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Bernhard Simon - CDU		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Lothar Möller - fraktionslos		
Wolfgang Neskovic - fraktionslos		
Beiratsmitglieder		
Bruno Böhm - Seniorenbeirat	öffentl. Teil bis TOP 10 und nichtöffentl. Teil zu TOP 13.1 / bis 17:34 Uhr	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Thomas-Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsit-		

zender	
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tatjana Voskuhl - 1.300 Recht	
Jörg Blank - 1.203-Beteiligungscontrolling	
Birgit Hartmann - 3.390 Umwelt, Natur u. Verbraucherschutz	öffentl. Teil bis TOP 5.10 / 17:18 Uhr
Annabell Krawetzke - 1.201 - Haushalt und Steuerung	öffentl. Teil bis TOP 10
Ralf Kuscmierz - FBC FB 2	öffentl. Teil bis TOP 10
Protokollführung	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Verwaltung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.08.2021	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelle Lage Coronavirus (Bgm)	
3.2	Anfrage des AM Birte Duggen und AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Breitbandausbau in Lübeck	VO/2021/09961
3.2.1	Antwort auf Anfrage des AM Birte Duggen und AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Breitbandausbau in Lübeck	VO/2021/09961-01
3.3	Anfrage der AM Thorsten Fürter & Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Kostenschätzung Radentscheid	VO/2021/10382
4	Berichte	
4.1	Über- und außerplanmäßige Bewilligungen und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2020 - 2. Halbjahr	VO/2021/10242
4.2	Prüfungsauftrag der Bürgerschaft zum Antrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer	VO/2020/09006-02
4.2.1	Antrag des AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) zu VO/2020/09006-02 Prüfungsauftrag der Bürgerschaft zum Antrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer	2020/09006-02-03
4.3	Wiederaufnahme des Landesaufnahmeprogramms 500 (LAP 500)	VO/2021/10263
4.4	Radfahren in Grünanlagen erlauben	VO/2021/10261
4.5	Erhaltungsstrategie Gehwege / Radwege / Nebenflächen	VO/2021/10307
4.6	Corona-Sonderzahlung 2020 - Ausgleich im Rahmen der Budgetverträge	VO/2021/10314
5	Beschlussvorlagen	

5.1	Kulturstiftung der Hansestadt Lübeck: Feststellung des Jahresabschlusses 2016	VO/2021/10228
5.2	Stiftung Heiligen-Geist-Hospital (HGH): Feststellung der Jahresabschlüsse 2013 und 2014	VO/2021/10229
5.3	Stiftung "Vereinigte Testamente" (VT): Feststellung der Jahresabschlüsse 2015 bis 2018	VO/2021/10230
5.4	Jahresabschluss des Betriebes Lübecker Schwimmbäder für das Wirtschaftsjahr 2020	VO/2021/10252
5.5	Wirtschaftsplan der EBL 2022	VO/2021/10257
5.6	Nachtragswirtschaftsplan 2021 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde	VO/2021/10191
5.7	Mobilitätzuschuss für Beschäftigte der Hansestadt Lübeck	VO/2021/10270
5.8	Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstückes Lübeck, Wiesengrund	VO/2021/10114
5.9	Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Lübeck-Travemünde, Skandinavienkai, Infrastruktur für Landstromversorgung	VO/2021/10234
5.10	Vollmitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Hamburg Rand	VO/2021/10276
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Die Unabhängigen, DIE LINKE, FREIE WÄHLER & GAL: Haushalt auf Klimaschutz ausrichten	VO/2021/10077
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Dringlichkeitsantrag des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ausnutzung des von der Kommunalaufsicht genehmigten Investitionsspielraums	VO/2021/10222
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
9.1	NEU: mündl. Anfrage des AM Luetkens (Die LINKE) betr. die Akustik im Bürgerschaftssaal	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Streitfall der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der stellv. Vorsitzende weist darauf hin, dass von allen Anwesenden eine qualifizierte Mund-Nasen-Bedeckung (MNB) zu tragen ist, sofern sich nicht auf dem Sitzplatz befunden wird. Am Sitzplatz darf die MNB abgenommen werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 3.3 Anfrage der AM Thorsten Fürter & Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Kostenschätzung Radentscheid

TOP 4.2.1 Antrag des AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) zu VO/2020/09006-02 Prüfungsauftrag der Bürgerschaft zum Antrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer

Der Ordnung halber teilt der Vorsitzende mit, dass der HA in der letzten Sitzung am 10.08.21 folgende Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst hat:

- Ruhestand und Abberufung einer Bereichsleitung
- Beförderung einer Bereichsleitung
- Der Hauptausschuss stimmt der Anmietung einer Bürofläche für die Abteilung Denkmalpflege sowie der Vermietung einer Bürofläche an die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d.ö.R. zu

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

***Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit
(14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 12.1
zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit
(14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)***

**der nichtöffentlichen Beratung des TOP 12.2
zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit
(14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.1
zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit
(14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1
zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit
(14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.2
zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit
(14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.3
zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit
(14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.4
zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.5
zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.6
zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.7
zu.**

Der Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist.

Der Bürgermeister hat um die Teilnahme von
- Herrn Groth, Bereichsleitung Bürgermeisterkanzlei
- Herrn Blank, Bereichsleitung Beteiligungscontrolling
gebeten.

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Teilnahme von
Herrn Groth und Herrn Blank am nichtöffentlichen Teil der Sitzung
zu.**

Herr Böhm beantragt als Mitglied des Seniorenbeirates die Anwesenheit bei der Beratung zu TOP 13.1. für den Teil, welcher die SeniorInnenEinrichtungen betreffe.
Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
dem Antrag von Herrn Böhm zu.***

AM Reinhardt beantragt die Vertagung der Beratung zu TOP 6.1.
Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

***Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich
(9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)
der Vertagung der Beratung zu TOP 6.1 zu.***

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Tagesordnung zu.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift
--

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.08.2021

Das beratende AM Neskovic merkt zur Protokollierung unter TOP 1 betreffend die Ausführungen zur möglichen Befangenheit einer Person an, dass laut Gesetzestext der Ausschuss im Streitfall und nicht wie in der Niederschrift dargelegt im Zweifel entscheide. Das beratende

Darüber hinaus gibt das beratende AM Neskovic zur Protokollierung zu TOP 3.7 folgende von ihm in der Sitzung am 10.08.2021 gemachten Ausführungen als Anmerkung zu Protokoll:

„Herr Neskovic weist darauf hin, dass bei der vorliegenden EU-Richtlinie nach Ablauf der Umsetzungsfrist Ende des Jahres sich Whistleblower auch direkt auf die Richtlinie berufen könnten. Deswegen sei es schon jetzt erforderlich, darauf zu reagieren und entsprechende Vorsorge zu treffen.“

Die Niederschrift ist damit in der um die Anmerkung ergänzte Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--

zu 3.1 Aktuelle Lage Coronavirus (Bgm)
--

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass eine Anpassung der Coronastatistik erfolgt sei. Die Berichterstattung sei dahingehend angepasst worden, dass absolute Zahlen von aktiv Erkrankten nach Altersgruppen ausgewiesen werden.

Darüber hinaus weist Herr Bürgermeister Lindenau auf die erfolgte Anpassung der Landes-Verordnung hin.

Zur Klarstellung teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass es in der Gemeinschaftsunterkunft in der Ostseestraße eine infizierte Person gebe. Damit verbunden sei noch kein Ausbruchsgeschehen. Die Person befinde sich isoliert in Quarantäne. Es gebe weitere symptomatische Kinder, allerdings wird darauf hingewiesen, dass diese Symptome auch durch andere Infekte ausgelöst werden können. Ob weitere Infektionen mit dem Coronavirus vorliegen, befinde sich noch in der Klärung.

Gegenwärtig erfolge die personelle Vorbereitung des Gesundheitsamtes für den Spätherbst. Es erfolge die Einstellung von weiterem Personal, sowie die erneute Anforderung von Personal bei der Bundeswehr, damit eine Kontaktnachverfolgung auch bei steigenden Infektionszahlen sichergestellt werden könne.

Herr Böhm regt eine Ausstattung der Räumlichkeiten der Volkshochschule – insbesondere vor dem Hintergrund des Publikums in höherem Alter an einigen Kursen - mit CO2-Messgeräten an. Herr Bürgermeister Lindenau verweist auf das Hygienekonzept der Volkshochschule, sagt jedoch zu, die Anregung aufzunehmen.

Auf Nachfrage von AM Fürter teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass eine befristete Einstellung des für die Sicherstellung der Kontaktnachverfolgung zusätzlichem Personals erfolge.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2 Anfrage des AM Birte Duggen und AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Breitbandausbau in Lübeck
Vorlage: VO/2021/09961

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2.1 Antwort auf Anfrage des AM Birte Duggen und AM Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Breitbandausbau in Lübeck
Vorlage: VO/2021/09961-01

Das stellv. AM Dr. Flasbarth bittet um Beantwortung folgender mündlicher Nachfragen:

- (1) Wie würde ein Szenario aussehen, wenn die Hansestadt Lübeck analog den Vereinigten Stadtwerken der umliegenden Gemeinden ebenfalls eine Investition in Höhe von 15,5 Millionen Euro in den Glasfaser- und Breitbandausbau tätigen würde?
- (2) Wann ist mit dem in der Antwort auf Frage 5 genannten Gutachten zur beihilferechtlichen Umsetzbarkeit der Übertragung von Geldern zu rechnen?
Werden dafür externe Ressourcen verwendet?

Wie hoch werden die Kosten für das Gutachten sein?

Herr Bürgermeister Lindenau führt zur ersten Nachfrage erläuternd aus, dass in den letzten Jahren eine deutliche Förderung des Umlandes durch die Europäische Union, sowie durch den BUND erfolgt sei. Dadurch hatte das Umland ein größeres Volumen zur Verfügung. Für die Hansestadt Lübeck bestand kein Anspruch auf eine Förderung.

Darüber hinaus, sei der Kostenbedarf des Umlandes höher, da durch die zu erschließenden Flächen der Aufwand höher sei. Im städtischen Raum bestehen kürzere Verbindungsstrecken als im ländlichen Raum.

Zudem weist Herr Bürgermeister Lindenau darauf hin, dass ein doppeltes Investitionsvolumen ein gleichzeitiges Öffnen zahlreicher Straßen bedeuten würden. Der dadurch entstehende massive Eingriff in den Straßenraum würde eine erhebliche zusätzliche Belastung der Öffentlichkeit bedeuten.

Für die zweite Nachfrage wird die Nachreichung einer Antwort zugesagt.

Es sprechen im weiteren Verlauf AM Prieur und Herr Bürgermeister Lindenau.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.3 Anfrage der AM Thorsten Fürter & Dr. Axel Flasbarth (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Kostenschätzung Radentscheid
Vorlage: VO/2021/10382**

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

AM Fürter bittet um eine beschleunigte Beantwortung der Anfrage.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

zu 4.1 Über- und außerplanmäßige Bewilligungen und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2020 - 2. Halbjahr

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Prüfungsauftrag der Bürgerschaft zum Antrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:
Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer
Vorlage: VO/2020/09006-02**

AM Fürter weist auf den unter TOP 4.2.1 eingestellten Antrag zu diesem Bericht hin.

Es spricht AM Prieur.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag unter TOP 4.2.1 abstimmen.

***Der Hauptausschuss lehnt mehrheitlich
(5 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen)
ab.***

Der Hauptausschuss nimmt sodann den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2.1 Antrag des AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) zu
VO/2020/09006-02 Prüfungsauftrag der Bürgerschaft zum Antrag BÜNDNIS 90 /
DIE GRÜNEN: Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer
Vorlage: 2020/09006-02-03**

- siehe Protokollierung unter TOP 4.2 -
Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer zum 1.6.2022 vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	5
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.3 Wiederaufnahme des Landesaufnahmeprogramms 500 (LAP 500)
Vorlage: VO/2021/10263

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.4 Radfahren in Grünanlagen erlauben
Vorlage: VO/2021/10261

AM Prieur kündigt einen interfraktionellen Antrag der Fraktionen CDU und SPD zu diesem Bericht zur nächsten Sitzung der Bürgerschaft an.

Es spricht Herr Böhm.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.5 Erhaltungsstrategie Gehwege / Radwege / Nebenflächen

AM Prieur teilt mit, dass die Beratung dieses Berichtes in der Sitzung des Bauausschusses vertagt worden sei. AM Prieur beantragt ebenfalls die Vertagung der Beratung im Hauptausschuss bis zur erfolgten Beratung im Bauausschuss.

Es spricht AM Lengen.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag von AM Prieur abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Vertagung der Beratung zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 4.6 Corona-Sonderzahlung 2020 - Ausgleich im Rahmen der Budgetverträge
Vorlage: VO/2021/10314

Auf Nachfrage von AM Prieur führt Herr Bürgermeister Lindenau erläuternd aus, dass eine Erstattung von tatsächlich geleisteten Corona-Sonderzahlungen in Höhe von 90% erfolgt ist, sofern die Sonderzahlung aufgrund einer Tarifvertragsänderung oder einer Nebenabrede zum Tarifvertrag erfolgt ist. Alle Träger seien über das Angebot informiert worden.

Weiterhin führt Herr Bürgermeister Lindenau auf Nachfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth erläuternd aus, dass analog der Budgetverträge eine Erstattung in Höhe von 90% vorgenommen worden sei. Die übrigen 10% stellen eine Steuerungsleistung der Träger dar. Herr Bürgermeister Lindenau kündigt in diesem Zusammenhang an, dass für den Bereich der Kindertagesstätten demnächst der Vorschlag zur Anpassung der Höhe der Erstattung auf 100% unterbreitet werde, da dieser Bereich keine Steuerungsmöglichkeiten biete, sondern die Höhe der Beiträge gesetzlich vorgeschrieben sei.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Kulturstiftung der Hansestadt Lübeck: Feststellung des Jahresabschlusses 2016
Vorlage: VO/2021/10228

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Gem. §92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H

- 1) wird der Jahresabschluss 2016 mit einem Jahresfehlbetrag von -622.753,35€ festgestellt.
- 2) Dieser Fehlbetrag ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.
- 3) Im Nachgang zum bereits festgestellten Jahresergebnis 2014 wird noch der in der Ergebnissrücklage gebuchte Betrag von 362,29€ als Korrektur der Eröffnungsbilanz der Kulturstiftung zum 31.12.2014 gebucht.
- 4) Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der am 09.06.2021 abschließend im Prüfungsausschuss beraten wurde (VO/2021/10136) wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.2 Stiftung Heiligen-Geist-Hospital (HGH): Feststellung der Jahresabschlüsse 2013 und 2014
Vorlage: VO/2021/10229

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Gem. §92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H wird:

- 1) der Jahresabschluss 2013 der „Stiftung Heiligen-Geist-Hospital“ mit einem Jahresverlust in Höhe von -131.448,19€ festgestellt. Er wird aus der „freien Rücklage“ gedeckt.
- 2) der Jahresabschluss 2014 der Stiftung „Heiligen-Geist-Hospital“ mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 4.502,79€ festgestellt. Dieser wird anteilig in Höhe von 1.801,12€ der „freien Rücklage“ und der „Zweckrücklage“ in Höhe von 2.701,67€, zugeführt.

- 3) Die Prüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes, die am 09.06.2021 abschließend im Rechnungsprüfungsausschuss beraten wurden (VO/2021/10134), werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Stiftung "Vereinigte Testamente" (VT): Feststellung der Jahresabschlüsse
2015 bis 2018
Vorlage: VO/2021/10230**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Gem. §92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H wird:

- 1) der Jahresabschluss 2015 der Stiftung VT mit einem Überschuss von 78.063,97€ festgestellt der der „freien“ und der „Zweckrücklage“ zuzuführen ist.
- 2) der Jahresabschluss 2016 mit einem Überschuss von 194.858,42€ festgestellt, der „Zweckrücklage“ zuzuführen ist.
- 3) der Jahresabschluss 2017 mit einer Unterdeckung von -85.379,88€ festgestellt, der aus der „freien“ und der „Zweckrücklage“ ausgeglichen wird.
- 4) der Jahresabschluss 2018 mit einem Überschuss von 64.789,00 festgestellt, der der „freien“ und der „Zweckrücklage“ zugeführt wird.
- 5) Die Prüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes, die am 09.06.2021 im Rechnungsprüfungsausschuss abschließend beraten wurden (VO/2021/10135), werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.4 Jahresabschluss des Betriebes Lübecker Schwimmbäder für das Wirtschaftsjahr 2020 Vorlage: VO/2021/10252
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Lübecker Schwimmbäder für das Wirtschaftsjahr 2020 wird wie folgt festgestellt:

mit einer Summe der Erträge von (vor Verlustausgleich durch HL)	1.036.866,87 €
mit einer Summe der Aufwendungen von	<u>4.806.909,88 €</u>
mit einem Verlust von	3.770.043,01 €

2. Der Verlust wird wie folgt behandelt:

Verlust:	3.770.043,01 €
Geleistete Zahlungen der HL:	4.061.000,00 €

Verbindlichkeiten gegenüber der HL:	
Ergebnis aus Überzahlung Verlustausgleich und erwirtschafteter Verlust 2020:	290.956,99 €

3. Die Differenz aus dem Jahresverlust 2020 und den in 2020 erfolgten Verlustzuweisungen der Hansestadt Lübeck in Höhe von 290.956,99 € bleibt bis zur Verrechnung im Wirtschaftsjahr 2021 stehen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.5 Wirtschaftsplan der EBL 2022 Vorlage: VO/2021/10257
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Für den Wirtschaftsplan 2022 der Entsorgungsbetriebe Lübeck werden festgesetzt:

1.1 in der Erfolgsübersicht	die Erträge	116.161.054,00
	die Aufwendungen	105.577.727,00
	das Jahresergebnis	10.583.327,00

1.2 im Vermögensplan	die Einnahmen	59.772.000,00
----------------------	---------------	---------------

- | | |
|---|---------------|
| die Ausgaben | 59.772.000,00 |
| 1.3 der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen
und Investitionsförderungsmaßnahmen | 26.784.176,00 |
| 1.4 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen | 42.720.000,00 |
| 1.5 der Höchstbetrag der Kassenkredite | 15.000.000,00 |
2. Die Stellenübersicht wird als Bestandteil des Wirtschaftsplanes 2022 festgestellt.
Sie ist dieser Vorlage in zusammengefasster Form beigelegt.
3. Der Wirtschaftsplan und seine Bestandteile werden zur Kenntnis genommen.
- Vorbericht
 - Erfolgsplan
 - Erfolgsübersicht
 - Vermögensplan
 - Finanzplan
 - Investitionsplan

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

./.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.6 Nachtragswirtschaftsplan 2021 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde Vorlage: VO/2021/10191

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 5 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung sowie § 12 Abs. 4 Nr. 1 und 2 der Eigenbetriebsverordnung wird durch die Bürgerschaft per Beschluss der 1. Nachtragswirtschaftsplan für den Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2021 gemäß Anlage festgestellt:

1.1	Mit dem 1. Nachtrags- wirtschaftsplan werden:	erhöht	vermindert	Gesamtbetrag
		um	um	bisher nunmehr

				festgesetzt
1.1.1	Im Erfolgsplan			
	die Erträge	-	265.000	3.581.000
	die Aufwendungen	435.000		4.531.000
	Verlustzuweisung	700.000		-950.000
1.1.2	Im Vermögensplan			
	die Einnahmen	-	-	3.410.000
	die Ausgaben	-	-	3.410.000
1.2.	Er werden festgesetzt			
1.2.1	Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	700.000	-	0
1.2.2	Der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	-	-	895.000

2. Im Haushaltsjahr 2021 werden beim Produktsachkonto 418001.5315000 ZUW und ZUSCH für laufende Zwecke verbundene Unternehmen 435.000 EUR überplanmäßig gemäß § 82 Abs. 1 GO SH bewilligt. Die Deckung erfolgt aus dem Produktsachkonto 611001.4111000 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen Konto: Gemeinde- und Kreisschlüsselzuweisungen in Höhe von 435.000,00 EUR.

Die zusätzlichen Mittel für die Erhöhung des Verlustausgleichs von 700.000 EUR werden aus den unter VO/2021/09636 bewilligten Finanzmitteln in Folge der Corona-Pandemie finanziert.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.7 Mobilitätzuschuss für Beschäftigte der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2021/10270

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Beschäftigte der Hansestadt Lübeck erhalten auf Antrag einen monatlichen Mobilitätzuschuss in Höhe von 30,- Euro entweder für den Kauf einer ÖPNV-Fahrkarte oder im Rahmen der Entgeltumwandlung zum Fahrradleasing oder zur Anmietung eines Fahrrades oder für den Kauf eines Fahrrades.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.8 Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstückes Lübeck, Wiesengrund
Vorlage: VO/2021/10114

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Das mit einem bis zum 31.12.2049 befristeten Erbbaurecht zugunsten Herrn Bernd Altena belastete Grundstück in Lübeck, **Wiesengrund 24**, zur Größe von 800 m² ist an den Erbbauberechtigten zu einem Kaufpreis in Höhe von **248.160,00 EUR** zu verkaufen.
2. In dem abzuschließenden Kaufvertrag ist ein Bebauungsverbot für die im Lageplan (Anlage 4) grau dargestellte Grundstücksfläche und eine wertgesicherte Nachzahlungsverpflichtung für den Fall aufzunehmen, dass im hinteren Grundstücksbereich bei ggf. zu einem späteren Zeitpunkt vorliegenden Baurecht, weitere Gebäude realisiert werden sollten
3. Alle mit dem Abschluss und der Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten einschließlich der Grunderwerbsteuer sind von dem Käufer zu tragen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.9 Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Lübeck-Travemünde, Skandinavienkai, Infrastruktur für Landstromversorgung
Vorlage: VO/2021/10234

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Umsetzung der Maßnahme Lübeck-Skandinavienkai, Infrastruktur für Landstromversorgung zu beginnen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.10 Vollmitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Hamburg Rand Vorlage: VO/2021/10276
--

AM Rathcke bittet um Darlegung der Vorteile einer Vollmitgliedschaft an der Arbeitsgemeinschaft Hamburg Rand.

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine Nachlieferung der Vorteile zu Protokoll zu.

Ergänzung zu Protokoll:

„Der Hintergrund für die angestrebte Vollmitgliedschaft der HL ist eine gerechtere Lastverteilung zwischen den Mitgliedern der ARGE. Eine gemeinsame Kooperation auf Augenhöhe kann nur mit gleichen Rechten und Pflichten für alle Partner stattfinden. Die HL ist über die ARGE formell in die MRH eingebunden. Zum Zeitpunkt als die HL der MRH beigetreten ist; hat die ARGE neben den Koordinierungsaufgaben in Bezug auf die MRH, die Interessen der Kreise aus dem ehemaligen Planungsraum 1 koordiniert und gegenüber dem Land SH vertreten. Dieser historische Hintergrund zur Differenzierung zwischen den Vollmitgliedern und assoziierten Mitgliedern ist entfallen, da mittlerweile alle Mitglieder der ARGE demselben Planungsraum angehören und die ARGE Koordinierungsaufgaben im Rahmen der Neuaufstellung der Regionalpläne für alle Mitglieder wahrnimmt. Bei der aktuellen Finanzierung handelt es sich um eine Art Quersubventionierung zu Lasten der bestehenden Vollmitglieder. Die bestehenden Vollmitglieder sollen zukünftig anteilmäßig entlastet werden, so dass alle Mitglieder die identischen Beiträge zahlen. Im ersten Jahr werden die bestehenden Vollmitglieder weiterhin den „höheren“ Beitrag leisten, um einen Topf für ein gemeinsames Projektbudget zu befüllen.“

Vorteile aus der Vollmitgliedschaft:

- Kooperation auf Augenhöhe mit gleichen Rechten und Pflichten
- die ARGE übernimmt Koordinierungsaufgaben im Rahmen der Neuaufstellung der Regionalplanung und sonstigen Planungen der Landesplanung S-H
- starke Stimme der HL in der MRH über die ARGE
- Möglichkeit den Vorsitz der ARGE zu übernehmen
- Erstbefüllung des Projektbudgets durch die bestehenden Vollmitglieder“

Beschluss:

Dem Entwurf des Verwaltungsabkommens über die Vollmitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Hamburg Rand gemäß Anlage 2 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Die Unabhängigen, DIE LINKE, FREIE WÄHLER & GAL: Haushalt auf Klimaschutz ausrichten Vorlage: VO/2021/10077

- die Beratung zu diesem TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt –

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 Dringlichkeitsantrag des AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ausnutzung des von der Kommunalaufsicht genehmigten Investitionsspiel- raums Vorlage: VO/2021/10222

Das stellv. AM Dr. Flasbarth gibt eine Begründung zum Antrag.

Es sprechen Herr Bürgermeister Lindenau und AM Simon.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, die notwendigen Schritte einzuleiten, um das Volumen der Investitionen der Hansestadt zukünftig zu steigern, indem der von der Kommunalaufsicht genehmigte Investitionsfinanzierungsspielraum in höherem Maße als in der Vergangenheit und möglichst in Gänze ausgenutzt wird.

Kurzfristig wird der Bürgermeister hierfür aufgefordert, umgehend noch nicht geplante, aber im laufenden Haushaltsjahr durchführbare Investitionsprojekte zu identifizieren und der Bürgerschaft zur Entscheidung vorzulegen (inkl. Anpassung des Haushaltsbeschlusses durch über- und außerplanmäßige Bewilligungen). Für die haushalterische Ordnung sind die Finanzansätze geplanter, aber im laufenden Haushaltsjahr nicht mehr wie geplant durchführbarer Investitionsprojekte zu verwenden.

Für den Haushalt 2022 ist erneut - wie bereits im Haushalt 2019 - eine pauschale Kürzung der Investitionsbudgets im Vergleich zu den tatsächlich benötigten Mitteln der jeweiligen Investitionsprojekte anzusetzen. Die Höhe des pauschalen Kürzungsfaktors ist mit der Kommunalaufsicht abzustimmen. Zur Schließung der Lücke der durchführbaren Projekte sind im Laufe des kommenden Jahres die Finanzansätze geplanter, aber in 2022 nicht mehr wie geplant durchführbarer Investitionsprojekte zu verwenden.

Als langfristige Maßnahme legt der Bürgermeister bis zur Haushaltssitzung 2021 ein mehrjähriges Konzept über die von der Verwaltung zusätzlich benötigten Ressourcen, Prozesse und Strukturen vor, um langfristig und dauerhaft die Ausnutzung der genehmigten Investitionsfinanzierungsspielräume sicherzustellen. Für den Aufbau dieser Kapazitäten werden im Haushalt 2022 die ersten Maßnahmen vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

zu 9.1 NEU: mündl. Anfrage des AM Luetkens (Die LINKE) betr. die Akustik im Bürgerschaftssaal

AM Luetkens hinterfragt aufgrund der gegenwärtigen akustischen Begebenheiten die Gewährleistung der Protokollaufzeichnung, sowie die Übertragungsmöglichkeiten des Offenen Kanals aus der Sitzung der Bürgerschaft.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass sie gegenwärtig noch in der Testphase befunden werde. Nachsteuerungen seien möglich und werden entsprechend vorgenommen. Zudem sei ein neuer Anschluss für den Offenen Kanal eingerichtet worden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 17:32 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 17:34 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
--------------	--

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Berichte und Vorlagen des Bürgermeisters beraten wurden.

Lübeck, den 8. September 2021

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung